

Neubrandenburg, den 19. April 2016

## Appell des Seniorenbekirates Neubrandenburg

26 Jahre nach der deutschen Einheit ist die soziale Einheit immer noch nicht vollzogen.

Der Seniorenbekirat der Stadt Neubrandenburg appelliert deshalb an alle Abgeordneten des Bundestages, des Landtages MV und des Kreistages, die Initiative der ostdeutschen Länder zu einem einheitlichen Rentenwert in Deutschland und damit der Ost-West-Rentenangleichung, 26 Jahre nach der deutschen Einheit, zu unterstützen. Eine dementsprechende Erklärung haben die Regierungschefs der ostdeutschen Länder bei ihrem Treffen mit Bundeskanzlerin Merkel am 13. April abgegeben.

Wir wissen, das im gesamten Bundesgebiet unterschiedliche Löhne und Lebensunterhaltungskosten existieren. Trotzdem haben die Rentner in Schleswig-Holstein den gleichen Rentenwert wie z.B. in Baden-Württemberg, Hessen oder Bayern. Nur wir Ostdeutschen werden anders – auf jeden Fall schlechter – bewertet. Diese Ungerechtigkeit ist nicht mehr zu verstehen. Die Ungleichbehandlung der Lebensleistung muss beendet werden.

Die Resolution, welche auf dem IX. Altenparlament MV am 16. März 2016 verabschiedet wurde, führt dazu aus: „Eine Lösung ist zwingend notwendig, weil die gesetzliche Rente für ca. 90 % aller Rentner unseres Landes lt. Forschungsbericht der AWO die einzige Einkommensquelle ist. Wir erwarten eine Rentenangleichung, die auch die Probleme der rentennahen Jahrgänge und die der jüngeren Generation berücksichtigt. Deshalb darf bei einer Angleichung die Höherbewertung der Ost-Arbeitsentgelte auf den Bundesdurchschnitt nicht angetastet werden“. Dies findet unsere volle Unterstützung.

Das Anliegen unseres Ministerpräsidenten Erwin Sellering, wie zum IX. Altenparlament in Schwerin dargelegt, eine schnelle Angleichung der Renten zu gewährleisten und damit auch ein einheitliches Rentensystem zu schaffen, unterstützen wir und erwarten das ebenfalls von den durch uns gewählten Vertretern im Kreis – und im Landtag.

Der Seniorenbekirat Neubrandenburg